

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Mittelbadischer Courier. 1896-1936 1928

18 (21.1.1928)

Mittelbadischer Kurier

Ettlinger Tagblatt

Amtsblatt für Stadt und Bezirk Ettlingen mit den neuesten Handels-Nachrichten

Bezugspreis durch die Post oder durch Träger frei ins Haus 550 Monat 1.50 Goldmark. Einzelnummer 10 Goldpf. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keinen Anspruch auf Entschädigung bei verspäteter oder nichterhaltener Zeitung. — Wöchentliche Beilagen: „Der Bauernmann“, „Aus Heimat und Welt“, „Wörter der Woche“ und „Robot“

Verlag: Buch- und Steindruckerei R. Vorch, Ettlingen, Kronenstr. 24, Fernspr. 7, Postfachkonto 1181 Kaiserstraße Verantwortlich für den polit. Teil: Erich Vöbel, Kaiserstr. für den lokalen und Anzeigen-Teil: H. Parth, Ettlingen, Trud. & S. Greiner, G. m. b. H., Kaiserstr. 40/42 Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr brinaende Anz. 10 Uhr

Anzeigenpreis: 1 mm Höhe 8 Goldpfennig. Sammelanzeigen 40 Goldpf. Reklame-Anzeigen 25 Goldpf. Beilagen das Taufend 10 Goldmark. Bei Wiederholung Rabatt der bei Wiederholung des Zieles bei gerichtl. Vertreibung und Konkursen wegfällig. Für Plagiatvorschrift und Tag der Aufnahme kann keine Garantie übernommen werden

Nummer 18

Samstag, den 21. Januar 1928

66. Jahrgang

Aussprache über des Reiches Finanzlage

Angriffe Severings gegen das Reichswehrministerium — Groener antwortet ihm

Berlin, 20. Jan. (Funkpruch.) Präsident Seebe eröffnet die Sitzung um 14 Uhr.

Das Abkommen über die vorläufige Regelung des Holzverkehrs aus Polen nach Deutschland wird in allen drei Lesungen angenommen. Ebenso das Übereinkommen mit der Republik Finnland über Unfallversicherung. Die erste Lesung des Reichshaushaltsplans für 1928 wird dann fortgesetzt.

Reichsfinanzminister Dr. Marx nimmt sofort Stellung zur Phöbus-Affäre. Seine Ausführungen geben wir an anderer Stelle wieder.

Abg. Severing (Soj.) erklärt, seine Partei werde bestrebt sein, die Beratungen zu fördern, daß der Etat am 31. März verabschiedet werden kann, um die Bahn freizumachen für eine Volksvertretung, die dem politischen Willen des Volkes mehr entsprechen als der heutige Reichstag. Die Behauptung, daß der Etat für 1928 gesund sei, halte einer näheren Prüfung nicht stand. Es wäre Selbstbetrug, die Augen vor den unerfreulichen Erscheinungen auf den Arbeitsmärkten zu verschließen. Hier zeigte sich schon die Folge des Geldzugs gegen die öffentliche Wirtschaft der Kommunen. Der Anschlag der Schwerindustrie, der mit den Stilllegungsbeschüssen und mit der Erhöhung der Eisenpreise verknüpft worden sei, lasse die große Gefahr erkennen, in der sich ein Staat befinde, der sich nicht zeitig genug solchen Diktaturlustigkeiten widersetze. Wer Unternehmenswillkür vor die Interessen des Staates und der Wirtschaft stelle, für den gebe es nur die Antwort der Enteignung der Betriebe. Der Redner fordert, daß endlich Schluss gemacht werde mit Geld, die nicht den geringsten Nutzen bringen und eine Menge Geld kosten. Er nennt das Reichsschulgesetz und das Gesetz gegen Schuld- und Schmutzschulden, das ein Schlag ins Wasser gewesen sei. Von der Konferenz könne man sagen: Resolutio, aber nicht resolut! Man habe die Führung der Reichsregierung bei dieser Konferenz vernichtet. Die Session der Konferenz sei die Rede des württembergischen Staatspräsidenten Bazille gewesen, gegen dessen Ausführungen der Redner scharfste Verwahrung einlegte. Würde ein Minister der Finanzen eine solche Rede gehalten haben, da hätte es keinen Deutschen gegeben, der ihm nicht hochverrätherischer Umtriebe geziehen hätte. Es sei bedauerlich, daß ein Mann mit diesem Mangel an Selbstbeherrschung und politischer Linie an der Spitze eines deutschen Gliedstaates stehe. Die wachsenden Differenzen zwischen Reich und Preußen fanden ihre Ursache am großen Teil in der Person des Innenministers von Reubell. Der Redner bekräftigt die Angriffe des Reichsbankpräsidenten auf die Gemeinden und erklärt, diese läßen Anklagen werden würden nachgerade zu einer Gefahr für das ganze Staatsleben. Die Gemeinden hätten ein Recht, sich zu verbitten, als die Sündenböcke der deutschen Finanzmiserie behandelt zu werden. Die für den Panzerkreuzer erforderlichen Mittel würden in den nächsten Jahren unumgänglich aufzubringen sein. Außerdem sollten wir nicht aufräumen mit kostspieligen Schiffsbauten, wenn wir die anderen zur Abrüstung bringen wollen. Dem Reichsfinanzminister gelinge es immer weniger, das Kabinett unter einen Hut zu bringen. Der Redner fragt, was bei der versprochenen Reform der Reichswehr herausgekommen sei. Geßler habe vieles verhindert, aber ebensoviel vernachlässigt. 1920 sei die Reichswehr ein Baum gewesen, das man leicht hätte biegen können. Geßler habe es nicht gebogen, sondern zu einem wilden Schwarz-Weiß-Dorn wuchern lassen. Der Versuch des Prinzen Heinrich auf der „Berlin“ und die Art der Abhandlung dieses Vorfalles sei ein glatter Hohn auf unsere republikanische Wehrmacht. Die Wehrmacht dürfe nicht Selbstzweck sein, sondern sie sei ein Mittel für die Zwecke des Staates. Der Phöbus-Skandal werde im Ausschuss noch gründlich erörtert werden müssen. Zur Außenpolitik erklärte der Redner, daß die beste Grenzverteidigung Frankreichs der Friedenswille des deutschen Volkes sei, den demnächst die Reichstagswahlen gegen alle Störenfriede haben wie drüben nachdrücklich erweisen würden. Der Redner erinnert an die 50. Wiederkehr des Tages des Inkrafttretens des Sozialengesetzes. Die Sozialdemokratie habe die Urheber dieses Ausnahmengesetzes überdauert. Die Vaterlandslösen seien die Vaterlandsretter geworden. Der Redner ruft den Deutschenationalen zu: Sie, die auch die Urheber dieses Gesetzes waren, sterben aus. Wir aber leben! Wir werden siegen, weil wir im Bunde mit der Zukunft sind!

Unter allgemeiner Spannung erhebt sich der neue Reichswehrminister Gröner

und erklärt: Vom Vordredner sind eine Reihe von Angriffen gegen das Reichswehrministerium zur Sprache gebracht worden. Sie werden nicht von mir erwartet, daß ich heute auf diese Angriffe antworte. Ich darf aber diese Angriffe nicht ohne Widerpruch und Stillschweigen ins Land hinausgehen lassen. Ich werde die verschiedenen Punkte aus ernster Prüfung und zu gegebener Zeit darauf antworten.

Abg. Wallraf (Dntl.) weist darauf hin, daß die Parteien der Linken alle Geschwinde der auswärtigen und inneren Politik auf den einfachen Nenner bringen, daß die Deutschenationalen schuld seien. Dieser Feind sei zu vernichten. Ob das gelinge, würden die Wahlen zeigen. Er halte es für zwecklos, heute — wo man noch nicht annähernd den Zeitpunkt der Neuwahlen kenne — sich hier nach Art der homerischen Helden lange vor den Kämpfen gegenseitig zu schmähen. Deutschland habe nach dem Weltkriege das „Wehe dem Besiegten“ gründlich kennengelernt. Gerade die Erfahrungen mit Locarno und Thoiry, so erklärt der Redner, zwingen uns zu der bringenden Forderung, keine deutschen Leistungen mehr gegen fremde Versprechungen zu geben. Eine Bindung kann nur dann erfolgen, wenn lebenswichtige Vorteile für Deutschland völlig gesichert sind. Ist Frankreich bereit, sich auf dem Boden der Gleichberechtigung mit uns zu verständigen, so werden wir nicht im Wege sein. Die wichtigsten Aufgaben der Außenpolitik bleiben für die nächste Zeit die zähe Bekämpfung der Kriegsschuldfrage, die Abrüstung und eine Milderung des Dawesgesetzes, die den bisher gewährleisteten Schutz der deutschen Währung aufrecht erhält. Auf dem Gebiete der Wirtschaft fordert der Redner in erster Linie Fürsorge für die Landwirtschaft. Die Frage der Neugliederung des Reiches und der Länder sei mit Schlagworten nicht zu lösen.

Wichtiger als der Einheitsstaat sei die Reichseinheit.

Was Preußen betrifft, so müsse unter allen Umständen das Aufrecht erhalten werden, was den guten alten Preussengeist ausmache: Einfachheit, Ziellosigkeit und Ausdauer. Der Redner tritt für Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten und des Reichsrats zur Erleichterung von Regierungskrisen ein. Gegenüber der Ausgabefreudigkeit der Parlamente müsse die Stellung des Finanzministers geklärt werden. Im Ausland werde heute kein deutscher Name mit solcher Achtung genannt, wie der Hindenburgs. Der Redner weist darauf hin, daß das jetzige Kabinett den Handelsvertrag mit Frankreich zuzubereiten gebrechelt habe. Die Haltung der Linksparteien sei erfüllt von schreiendsten Widersprüchen. Man bezeichne das Volk als souverän und die Wahl als das Gericht des Volkes. Falle das Gericht aber nicht nach ihren Wünschen aus, dann müsse so oft und so lange neugewählt werden, bis ihr eigener Weizen blüht.

Abg. v. Graefe (Dtl.) glaubt, daß die Ehe der Regierung vor dem Zerplatzen sei. Der neue Reichswehrminister Gröner unterlasse sich kaum von einem richtigen Gewerkschaftssekretär. Ihm werde die Politikierung der Reichswehr nach sterreichischem Muster, wie der Reichstagspräsident Löbe wolle, gelingen. Die Wehrschüsse des Etats könnten keine Freude machen, denn sie seien durch brutalen Steuerdruck aus der Wirtschaft herausgepreßt. Die republikanischen Ritter des Kapitals seien nur Schnattergänse.

Abg. Dr. Groener (D. Volksp.) steht in den Ausführungen des Reichsfinanzministers ein starkes Maß von Optimismus. Das von dem Minister gezeichnete Bild sei zu schön, um wahr zu sein. Es zeige sich jetzt schon deutlich ein Nachlassen der Konjunktur. Der Haushalt balanciere nur deshalb, weil eine ganze Menge Posten erscheinen, die nur einmalige Einnahmen darstellen. Bei Verschlechterung

der Konjunktur würden sich die Steuerfälligkeiten als zu hoch erweisen. Bedauerlich sei es, daß die Mittel, die dringend für die östlichen Grenzgebiete benötigt werden, zu Gunsten Bayerns und Sachsens gekürzt wurden. In Sachsen habe man diese Mittel in einer dem ursprünglichen Zweck wenig entsprechenden Weise verwendet. Die im vorigen Jahr in dem Finanzausgleich eingefügte Bestimmung, daß die Mehrüberweisungen zur Senkung der Realsteuern führen sollten, sei leider nicht durchgeführt worden. Der Redner fragt, wo das Steuervereinheitlichungsgeies bleibe. Der vorjährige Finanzausgleich habe sich zugunsten der Länder und zum Schaden der Reichsfinanzen ausgewirkt. Das verhafte Preußen müsse beitragen, um die Eigenständigkeit der kleineren Länder aufrecht zu erhalten. Schon der jetzige Etat zeige alle Züge des Versfalls. Das Ergebnis der Länderkonferenz sei ein Vertragsrisiko erster, zweiter oder dritter Klasse in einer Kommission. Die Freude an den geringen Ergebnissen werde noch vergällt durch die Rechen des württembergischen Staatspräsidenten Bazille und des bayerischen Ministerpräsidenten Heß. Die Reichsregierung habe auf jede Führung verzichtet. Sie gleiche dem Mann, der acht Pferde vor und hinter den Wagen spannt und dann abwartet, welche Pferde härter ziehen. Das Streben des Volkes nach Vereinheitlichung des Reiches sei nicht zu verkennen. Wer dabei beiseite steht, der verschleie die geschichtliche Stunde (Hört, hört, links). Wenn die Regierung in ihrer Passivität verharre, dann werde das souveräne deutsche Volk bei den Wahlen sein Urteil fällen, da der Reichstag ja in wenigen Monaten sich zu seinen Vätern verfallen werde. Nicht wie Dr. Heim behauptet, aus materiellen Gründen erstrebe das deutsche Volk die deutsche Einheit, sondern aus denselben ideellen Gründen, die schon die Burschenschaften leiteten. Auch Bismarck würde unter den heutigen Verhältnissen in diesem Sinn wirken. Der Widerstand gegen das einheitliche Deutschland sei vom nationalen Standpunkt aus nicht zu rechtfertigen. Die Deutsche Volkspartei trete in den Kampf mit der Parole: Für Freiheit, Einheit und Einheitsstaat.

Abg. Müller-Franken (Soj.) erklärt gegenüber den Ausführungen des Abgeordneten Wallraf, daß die Sozialdemokratie immer ebenso wie jetzt jede Stabilisierung einer ständigen internationalen Kontrolle deutscher Gebiete über die Verlaßlichkeit Bestimmungen hinaus, abgelehnt habe. Auch die Luxemburger Beschlüsse von 1926 seien nicht anders aufzufassen. Darin sei nur der Ersatz der Besatzungsarmee durch eine zivile Kommission des Völkerbundes gefordert worden, die natürlich höchstens bis zum Ablauf der vertraglichen Besatzungsfrist amtierren sollte.

Darauf wird die Beratung abgebrochen. Das Haus verlegt die Weiterberatung auf Samstag, 13 Uhr. — Schluß 12.45 Uhr.

Der Arbeitsplan des Reichstages

Berlin, 21. Jan. (Funkpruch.) Der Aeltesterrat des Reichstages legte in seiner gestrigen Sitzung den Arbeitsplan bis Ostern fest. Der Reichstag wird mit einer Pause in der Fastenwoche vom 18. bis 26. Februar bis zum 31. März durchtaget, um den Etat zu erledigen. Nach der allgemeinen Aussprache über den Etat wird die Besprechung über die Abgrenzung der Reichsgebiete beendet werden. Dann folgt die zweite Beratung des Etats des Reichsjustizministeriums, des Auswärtigen Amtes u. des Reichsarbeitsministeriums, die bereits im Haushaltsausschuss vorbereitet worden sind. Ein bestimmter Termin für die Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amtes ist noch nicht festgesetzt worden.

Der Reichsfinanzminister zur Phöbus-Affäre

Vor Eintritt in die Beratung des Etats hielt es Reichsfinanzminister Dr. Marx für zweckmäßig, die Phöbus-Affäre zu erörtern. Er führte aus:

Ich habe es abgelehnt, eine Erklärung der Regierung dazu abzugeben, bevor der Reichstag zusammen sei. Zu den kritischen Fragen, die bei der Beratung des Etats voraussichtlich eine gewisse Rolle spielen werden, gehört nämlich die sogenannte

Phöbus-Affäre.

Gewisse Maßnahmen der Marineleitung in dieser Angelegenheit haben mir Veranlassung gegeben, Sparkommisnar Sämilich mit der Aufklärung des Sachverhalts der angeblichen Einbringung der Phöbus A.-G., sowie der anderen wirtschaftlichen Maßnahmen, die in der Presse erörtert worden sind, im Reichswehrministerium zu betreiben. Die eingehenden Untersuchungen des Sparkommissars Sämilich haben ergeben, daß ein Teil der Pressebehauptungen zutreffen, ein anderer Teil dagegen nicht zutreffend ist. Ferner hat sich ergeben, daß diese Maßnahmen zum Teil einer Zeit angehören, für die die gegenwärtige Reichsregierung nicht die Verantwortung zu tragen hat. Die Untersuchung hat einen Tatbestand aufgeklärt, der von der Reichsregierung aufs ernste mißbilligt wird. Die Reichsregierung hat

Maßnahmen getroffen, die die Wiederholung solcher Vorgänge verhindern sollen.

Bei den Angelegenheiten, mit denen sich die Presse beschäftigt hat, handelte es sich im wesentlichen um Maßnahmen zu Gunsten der Phöbusfilm A.-G., dann auch um eine Verbindung des Reichswehrministeriums mit dem Berliner Bankverein, von dem die Marineaktion übernommen und dem sie durch Bürgschaften große Kredite geleistet hat. Alle diese Behauptungen haben sich als zutreffend bestätigt, (Hört, hört, links), allerdings mit der Maßgabe, daß die finanziellen Maßnahmen von dem Leiter der Seetransport-Abteilung, Kapitän z. S. Lohmann, eingeleitet wurden mit Ausnahme der Bürgschaften. Mit der Unterstützung der Phöbus-Gesellschaft bezweckte Kapitän Lohmann der Ueberforderungsgefahr vorzubeugen und ihre nationale — nicht nationalistische — Einstellung sicherzustellen. Wenn in der Presse in Abrede gestellt wurde, daß eine Ueberforderungsgefahr bestanden habe, so kann das ohne weiteres als unrichtig bezeichnet werden. Es ist bekannt, daß ausländisches Kapital bei allen deutschen Filmunternehmungen Einfluß gesucht hat. Die auf das Jahr 1924 zurückgehende zuerst finanziell geringe Anteilnahme an der Phöbus A.-G. hat, als die Notwendigkeit einer Geschäftserweiterung und damit einer Erhöhung des Geldbedarfes auftrat, Anfang 1925 zur

Übernahme von Aktien durch Kapitän Vohmann und des weiteren zur Gewährung von Bürgschaften geführt. Die erste dieser Bürgschaften in Höhe von 3 Millionen Mark basiert vom 26. März 1926 und ist von dem damaligen Reichsfinanzminister, dem Reichswehrminister und dem Chef der Marineleitung gegengezeichnet (Hört, hört, links.) Dagegen nicht, wie in der Presse behauptet, vom damaligen Reichszustänzer. Der Kredit, für den die Bürgschaft geleistet wurde, war von der Phöbus A.-G. in regelmäßigen Raten abzurufen, was auch bisher geschehen ist mit der Wirkung, daß der Kredit nahezu zur Hälfte abgedeckt ist. Ueber diese Bürgschaft hinaus hat aber, wie die Ermittlungen ergeben haben, Kapitän Vohmann der Phöbus A.-G. weitere Bürgschaften in Höhe von 3,5 Millionen und 220 000 Reichsmark zu Lasten des Reiches gewährt. Der Kanzler befähigt weiter, daß der Kapitän Vohmann Aktien des Berliner Bankvereins in Höhe von 1,5 Millionen Mark für das Reichswehrministerium erworben hat.

Hierbei sei dem Reiche ein Verlust von 675 000 Mark entstanden. Mit weiteren Verlusten müsse gerechnet werden. Mittel hätten Kapitän Vohmann aus der Abwicklung des Krieges und seiner Folgeerscheinungen zur Verfügung ge-

standen. Diese Mittel seien heute völlig ausgeschöpft und dem Reichswehrminister känden solche nicht mehr zur Verfügung. Es sei nicht richtig, daß das Reichswehrministerium darüber hinaus aus dem Etat Beträge zur Verfügung gestellt habe. Zu beanstanden sei auch der Ankauf des Hauses Südwasser 3, dessen Preis allerdings nicht 900 000, sondern 588 000 Mark betragen habe. Der Kanzler stellt fest, daß die von Kapitän Vohmann eingeleitete Verbindung mit der Phöbus, sowie seine weiteren Unternehmen zur Zeit abgewickelt, abgestoßen bzw. liquidiert werden. Die Behauptung, daß Kapitän Vohmann und die Verwalter des Geheimfonds, sowie dritte Personen ungeheure persönliche Geschäfte gemacht hätten, habe sich nicht erhärten lassen. Das gesamte Kabinett sei sich einig, daß die genannten Vorkommnisse in der Marine tief bedauerlich sind. Eine Wiederholung dergleichen Dinge müsse unter allen Umständen ausgeschlossen sein. Es sei bereits die Einsetzung einer Kontrollkommission aus Vertretern des Reichswehrministeriums, des Finanzministeriums und des Rechnungshofes beschlossen, um die Finanzabbarung der einzelnen Abteilungen des Reichswehrministeriums laufend zu überwachen. Gegen Kapitän Vohmann sei seitens des Wehrministeriums ein Verfahren eingeleitet worden, das noch in der Schwebe sei.

Aus den Parlamentsausschüssen

Die Siedlungsfrage

Berlin, 21. Jan. (Zuspruch.) Der Siedlungsausschuß des Reichstages beschäftigte sich gestern mit den Verträgen, die der Unterausschuß ausgearbeitet hatte. Von der Regierung wurde im Verlauf der Aussprache mitgeteilt, daß im Rheinland 300 000 Morgen Weidland vorhanden seien. Das wichtigste sei die Bereitstellung der Mittel für Landarbeiter-siedlungen. Der Regierungsvorredner trat weiter dafür ein, die Siedlerstellen auf 6 bis 8 Morgen zu bemessen.

Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstages behandelte die Frage der Beratung des Rentnerversorgungsgesetzes. Von verschiedenen Seiten wurde die Auffassung vertreten, daß diese Frage erst nach Erledigung des Gesamtetats besprochen werden soll. Der Ausschuß schloß sich dem jedoch nicht an, sondern einigte sich dahin, am nächsten Dienstag die Beratung der dem Ausschuß vorliegenden Rentneranträge zu beginnen.

Kriegsschadenschlußgesetz

Der Entschädigungsausschuß des Reichstages setzte gestern die allgemeine Aussprache über das Kriegsschadenschlußgesetz fort. Von den Sozialdemokraten und Kommunisten sind Änderungsanträge eingegangen, während die Demokraten und die Bildlichen neue Gesekentwürfe beantragt haben. Für die Deutsche Volkspartei erklärte der Abg. Dauch, daß auch für seine Partei der Entwurf eine Entschädigung bedeute, da er wichtige Rechtsgrundzüge verlege. Selbst eine Autorität wie Geheimrat Kahl sei der Meinung, daß die festgesetzte Höchstgrenze der Reichsverantwortung widerprüche.

Abg. Dauch (DVP.) fordert, daß allen Geschädigten eine Stammenschädigung in gleicher Höhe mit sozialen Zuschlägen gegeben werde. Für den Schluß der allgemeinen Aussprache kündigte der Redner einen Vorschlag der Regierungsparteien an. Wenn die Regierung darauf nicht eingehen könne, dann könne man das ganze Gesetz nicht als Schlußgesetz behandeln. Wenn die Vorlage unverändert bliebe, müßten seine Freunde sie ablehnen. Der deutsche nationale Abgeordnete Dr. Schneider erklärte, die Regierung habe einen begriffswerten Schritt zur Lösung des Problems getan. Er bezeichnete aber gleichfalls die Schlussumme für zu gering und betonte, daß der Vorschlag der geschädigten Verbände die richtige Mitte treffe. Der demokratische Antrag Abg. Dr. Heuß warf der Regierung vor, daß sie die Angelegenheit vom vergangenen Frühjahr ab psychologisch falsch behandelt und sich zu sehr auf die Reichsbahnvorzugsaktien verlassen habe.

Der Verkehrs-ausschuß

Beschäftigte sich gestern erneut mit der Beratung der Verkehrsfragen der östlichen Grenzgebiete. Ein Unterausschuß soll die von der Regierung vorgelegten Vorschläge prüfen und schriftlich darüber Bericht erstatten.

Der Strafrechts-ausschuß

nahm gestern den Bericht seines Unterausschusses entgegen und beschloß, entsprechend dem Paragraphen 125 die Gefekentnahme durch Richter mit Gefängnis, die Forderung von Entgelt oder ihre Annahme mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren zu bestrafen. Im Paragraph 125a wird bestimmt, daß passive Richterbestechung mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren zu bestrafen sei. Paragraph 146 wurde in einer Fassung angenommen, wonach die Amtverschleichung mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft wird, und Paragraph 147 in der Form, daß Hilfeleistung oder Annahme von Hilfeleistungen bei behördlichen Prüfungen mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe belegt wird.

Der Reichspostminister baut ab!

Verwaltungsreform der Reichspost

Berlin, 21. Jan. (Zuspruch.) In der gestrigen Verwaltungsratsitzung teilte der Reichspostminister mit, daß die seit mehreren Monaten im Gang befindlichen Reformarbeiten nunmehr zu einem gewissen Abschluß gelangt seien mit dem Ergebnis einer möglichen weitgehenden Dezentralisation der Geschäfte des Reichspostministeriums und mit der Auswirkung des Abbaues von rund 22 Proz. der Referate und der übrigen Beamten des Reichspostministeriums.

Ferner wird im Vollzuge einer Entschließung des Reichstages an Abminderung der Zahl der Oberpostdirektionen vorgeschlagen werden, vierzehn Oberpostdirektionen aufzuheben. Während des Uebergangs sollen die Oberpostdirektionen fortbestehen, der sie angeteilt werden. In einer demnächst in Kraft tretenden neuen Zuständigkeitsordnung wird die Tätigkeit des Reichspostministeriums ausschließlich auf die Angelegenheiten von grundlegender Bedeutung be-

Der Gesundheitszustand Dr. Strefemanns

Berlin, 20. Jan. (Zuspruch.) Der Haushaltsausschuß setzte die Beratungen des Staats des Auswärtigen Amtes fort. Der kommunistische Abg. Stöcker bedauerte die Abwesenheit des Reichsaussenministers, obwohl der Minister gestern einem offiziellen Festessen beigewohnt habe. Staatssekretär von Schubert erwiderte, bei der gestrigen Veranstaltung in der Villa des Außenministers habe es sich um ein seit langem vorbereitetes Essen für den Volkskämmer der Sowjetrepublik gehandelt. Erfreulicherweise habe sich der Gesundheitszustand des Ministers soweit gebessert, daß er in seinem Hause an solchen Veranstaltungen teilnehmen könne, während die ihn behandelnden Ärzte ihm noch nicht gestatteten, sein a-Hus zu verlassen. Weiter wurde mitgeteilt, daß das Auswärtige Amt dem Waffentransport allergrößte Aufmerksamkeit schenke.

Direktor Correll aus der Phöbus-Film-A.-G. ausgeschieden

Berlin, 21. Januar. Der Aufsichtsratsvorsitzende der Phöbus-Film-A.-G. teilt mit, daß nach Durchführung der Sanierung Direktor Correll aus seinen Wunsch und in freundschaftlichster Weise aus dem Vorstand der Phöbus-Film-A.-G. ausgeschieden sei.

Ein neuer deutscher Flugweltrekord

Friedrichshafen, 21. Jan. (Zuspruch.) Ein Dornier-Superwal stellte den ersten Rekord für Wasserflugzeuge mit 4000 Kg. reiner Nutzlast auf einer hundert Kilometer langen Strecke mit 209,5 Kilometer Stundengeschwindigkeit auf.

Einreiseverbot für Ferdinand von Bulgarien in Buenos Aires.

London, 21. Jan. (Zuspruch.) Dem ehemaligen König Ferdinand von Bulgarien, der auf dem Dampfer „Sierra Merena“ in Buenos Aires zu einer Reise durch Südamerika eingetroffen ist, ist das Verlassen des Schiffes und die Landung verweigert worden.

Zu den ungarischen Kommunistenverhaftungen.

Budapest, 21. Jan. (Zuspruch.) Ueber die vorgestern erfolgte Verhaftung von 22 Kommunisten wird bekannt, daß die Polizei in 17 Provinzhäusern auf die Spur einer bolschewistischen Organisation gekommen ist. Der Leiter dieser neuen kommunistischen Verschwörung, der in Wien wohnt, nennt sich einmal Josef Stern, ein anderes Mal Richard Welb. Die kommunistischen Agitatoren fleiden sich von ihrer bisherigen Gesfolgenheit abweichend — um nicht aufzufallen — sehr elegant und vornehm und reisen auf der Eisenbahn stets erster Klasse. Die Polizei setzt ihre Erhebungen mit großem Apparat fort.

Die Tochter des Zigeuners

35 Original-Dorfroman von G. G. Werner.

Die nur noch kurze Nacht brachte keinem die erhoffte Ruhe und wenigstens auf Stunden Vergessenheit.

Emil Winkler hatte sich angekleidet auf ein Sofa geworfen, eine Zigarre angezündet und überdachte nochmals den Stand der Dinge.

Er wäre schon damit einverstanden gewesen, Anna Hubert als sein Weib heimzuführen, aber auf der anderen Seite gestand er sich doch offen, daß eine solche Vereingung widersinnig sei.

Daß ihn Anna nicht liebte, wußte er zur Genüge und sein ganzes Leben an das eines Weibes zu ketten, für das er wohl Zuneigung, daselbe aber absolut keine Gegenliebe hatte, erschien ihm eine unerdiente Härte für beide.

Ging die Pietät gegen einen Verstorbenen wohl so weit, daß man ihm seinen letzten Willen erfüllen mußte, selbst wenn damit unfägliche Elend geschaffen wurde? Er für seine Person erkannte dies für ein Unrecht und wie Anna darüber dachte, mußte er in den nächsten Tagen erfahren — vorläufig war er selbst in seinem Beruf noch ein unfertiger Mensch und konnte noch lange nicht daran denken, einen Hausstand zu gründen.

Ähnlich wie ihm ging es auch wohl der Anna, denn als die Haushälterin des Herrn Pfarrers am nächsten Morgen auf ihr Stübchen kam, um sie zum Kaffee zu rufen, sah sie angekleidet am Fenster und starrte tränenleeren Auges hinab auf die rauchenden Trümmer des Dorfes.

Nach dem Frühstück gingen Emil und Martin hinunter ins Dorf.

Das Bild, das sich ihnen hier darbot, war traurig genug, und wenn auch niemand weiter ein Menschenleben zu beklagen hatte, so hatte das Feuer immerhin noch unberechenbaren Schaden angerichtet.

Auf den einzelnen Trümmerhaufen waren Menschen beschäftigt, mit Hacken und Harken das zusammengeflürzte, noch immer glimmende Gehäl auseinander zu reißen und darunter nach Geld und Gelbeswert zu suchen. Auf den freien Hoffstellen lagen die Kadaver des verbrannten und erstikten Viehes und aus den Ruinen der Scheuern schwebte noch gleichmäßig ein gelblicher Qualm, ein Zeichen, daß das Getreide noch immer brannte.

Überall standen weinende und jammernde Menschen in Gruppen umher und wie zum Hohn schien die Sonne ebenso hell und lächelnd von dem klaren Himmel, als gestern am Festtage.

Langsam gingen die beiden hinüber nach der Schmiede — dort wartete ihrer noch ein trostloser Anblick. Während sie in der Schmiede still und schen an dem Lager des Toten standen, hörten sie plötzlich draußen die Stimme eines Menschen, der nach dem Schmied rief.

„Ich bin ein verlorener Mann! Ich bin ein geschlagener Mann! Ich bin ein betrogener Mann!“ hörten sie rufen. „Wo ist der Schmied? Er soll mir geben mein Geld!“

Als sie hinaustraten, sahen sie den Lerk, der, in der einen Hand den Zylinderhut, in der anderen das Taschentuch, heulend und schreiend um die Brandstätte herumrannte wie ein Irfsinniger.

Als er Emil's anständig wurde, stürzte er auf ihn los: „Sie müssen mir das Geld wiedergeben; denn Sie sind ein reicher Mann! Ich kann nicht mein Geld verlieren, sonst bin ich ein toter Mann.“

Erst auf das Jureden Emil's, daß er doch zunächst wissen müsse, um was es sich überhaupt handle, gelang es, den Ramentierenden einigermaßen zur Ruhe zu bringen.

Als er in der Schmiedewerkstätte den Toten liegen sah, machte er sich eilends wieder hinaus und jammerte weiter.

Schließlich blieb weiter nichts übrig, als ihn beim Stragen zu nehmen und mit Gewalt von der Brandstätte zu bringen, um die Ruhe des Toten nicht zu stören und die Frauen nicht immer wieder aufzuregen.

Erst unten im Posthof, wo ihn Emil und Martin mit Gewalt hinzugleiteten, gelang es allmählich, ihn zur Besinnung und zum Sprechen zu bringen.

Die Mitteilungen des Lerk waren so überraschend und so niederschlagend, als sie nur immer sein konnten, um das Unglück voll zu machen.

Schon seit Jahren hatte Hubert, der nun im Krug nicht mehr mit Karten um die harten Taler spielen konnte, mit Papieren an der Börse spekuliert, um seiner Spielsucht zu fröhnen.

Zu Beginn der Gründer-Periode hatte er, wie alle Welt, viel Geld gewonnen und dies erreagte seine Habgier derartig, daß er sich in immer gewagtere Spekulationen einließ.

Als der Krach kam, traf ihn Schlag auf Schlag, und um den Verlust zu decken und womöglich den Gewinn wieder zurückzuholen, gab er dem Lerk Wechsel auf Wechsel, er verpfändete Haus, Hof, Acker, ja, die letzte Ernte hatte er sogar verpfändet.

Mit dem Brande war alles aus und der Tod, der ihn dabei ereilte, erledigte ihn noch zur guten Stunde von Schimpf und Schande.

Lerk hatte alles gut beglaubigt und verbrieft und Emil mußte sich überzeugen, daß den Hinterbliebenen nicht nur weder Heller, noch Fennig blieb, sondern daß der Mann tatsächlich, wenn er den Grund und Boden verkaufte, noch erhebliche Einbuße erlitt.

Daß Lerk dadurch ruiniert war, glaubte ihm kein Mensch, im Gegenteil, man war überzeugt, daß er in guten Zeiten den Schmied schon derartig über's Ohr gehauen hatte, daß er jetzt den Verlust verschmerzen konnte.

Was wir von dem neuen Wehrminister zu erwarten haben?

Von L. Eulenstein.

Nicht unerwartet und doch überraschend kam die amtliche Mitteilung, daß Reichspräsident von Hindenburg auf den Vorschlag des Reichsfinanzministers Dr. Marx den Reichswehrminister Dr. Gessler auf seinen Antrag vom Amt des Reichswehrministeriums entbunden und den Reichsverkehrsminister a. D. Generalleutnant z. D. Wilhelm Gröner zum Chef des Reichswehrministeriums ernannt hat.

Wilhelm Gröner wurde am 22. November 1867 in Ludwigsburg in Württemberg geboren. Mit 17 Jahren trat er als Fahnenjunker in das Infanterie-Regiment 121 ein und war bei Ausbruch des Weltkrieges Chef der Feldbahnabteilung im Großen Generalstab. In dieser Eigenschaft hat er sich während der ersten Kriegsmomente außerordentlich bewährt. Im September 1914 wurde er zum Oberst und im Juni 1915 zum Generalmajor befördert. Im Frühjahr 1916 wurde er von dem Kommando der Verkehrstruppe abberufen und als militärischer Vorstand des neu geschaffenen Kriegsernährungsamtes bestellt. Seine allgemein anerkannten organisatorischen Fähigkeiten führten ihn Ende Oktober 1916 an die Spitze des neu errichteten Kriegsamtes, das das wirtschaftliche Hindenburgprogramm durchführen sollte. Als Leiter dieses Amtes und mit der Dienstbezeichnung eines Generalleutnants vertrat er den Hilfsdienstgesetzplan mit Erfolg vor dem Reichstag. Im Sommer 1917 trat er von der Leitung des Kriegsamtes zurück und übernahm das Kommando erst der 33. Division, dann des 25. Reservekorps im Westen. Im Frühjahr 1918 wurde er mit der Neuorganisation des Eisenbahnwesens und des Abtransportes von Lebensmitteln in der Ukraine betraut und übernahm im Anschluß daran die Führung der Heeresgruppe Eichhorn in der Ukraine. Kurz vor dem Zusammenbruch, im Oktober 1918, wurde er als Nachfolger des Generals Ludendorff zum Ersten Generalquartiermeister ernannt. Ueber die Haltung, die er als solcher in den kritischen Novembertagen eingenommen hat, gehen die Meinungen sehr weit auseinander. Insbesondere haben die diesbezüglichen Ausführungen des deutschen Kronprinzen dazu beigetragen, General Gröner mit einem soldatischen Mafel zu belasten, den er wohl niemals mehr ganz los werden wird. „Königs-treue und Fahnenleid sind letzten Ende nur eine Idee!“ soll der Generalquartiermeister am 9. November 1918 gesagt haben, nachdem der damalige Oberst und heutige Chef der Wehrmacht, Hege, seinen negativen Stimmungsbericht von der Westfront in das Große Hauptquartier gebracht hatte. Man kann über diese Äußerung verschiedene Urteile fällen; das im Frühjahr 1922 auf Veranlassung Grönners zusammengetretene Ehrengericht ist zu der Überzeugung gekommen, daß die von den verschiedenen Seiten gegen die Gefinnung und Beweggründe des Generalleutnants Gröner erhobenen Anklagen ungerechtfertigt sind, und daß Gröner unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen nach seinem besten Wissen und Gewissen gehandelt und durch sein Verhalten und seine Maßnahmen dem Vaterland am besten zu dienen gelangt hat. Während des Rapp-Putsch im März 1920 trat Generalleutnant Gröner sehr energisch für die Regierung Ebert-Noske ein und im Juni 1920, nach den erfolgten Reichstagswahlen, wurde er Reichsverkehrsminister im Kabinett Fehrenbach, eine Position, die er auch in den beiden darauf folgenden Kabinetten Wirth zu behaupten wußte. Erst mit dem Rücktritt des Kabinetts Cuno nach dem Zusammenbruch des passiven Widerstandes im Westen schied auch Gröner im August 1923 aus dem aktiven staatspolitischen Leben.

neral Gröner für den Verlauf der letzten tragischen Ereignisse im Großen Hauptquartier nicht allein verantwortlich machen kann und daß er als Reichsminister organisatorisch Gutes geleistet hat, menschliche Sympathien entgegen. Es wird von Links bis Rechts anerkannt, daß sich Gröner stets von den Parteigängereien bewußt ferngehalten hat und immer bemüht war, als Staatsbürger und Beamter seine



Der neue Reichswehrminister, der nunmehr bald den Etat des Reichswehrministeriums gegenüber dem Reichstag zu vertreten hat.

Pflicht zu erfüllen. Diese Eigenschaften des neuen Reichswehrministers berechtigen auch zu der Erwartung, daß es ihm gelingen wird, die Reichswehr auf der anerkanntesten Höhe zu erhalten, die sie unter der gemeinsamen Führung von Gessler und Seeckt erreichen konnte. Seine Herkunft als Sohn aus dem kleinen Mittelstande wird es ihm andererseits erleichtern, den Angehörigen der Wehrmacht ein richtiges Verständnis für die Stimmungen im Volke und der Gesamtheit des Volkes ein herzliches Gefühl für die Reichswehr einzulösen. Gerade hier ist eine Aufgabe, die heute, wo Deutschland kein Volksherr im wahren Sinne des Wortes mehr hat, nicht hoch genug gewertet werden kann.

Heute Amtsantritt

Berlin, 21. Jan. (Funkpruch.) Reichswehrminister Gröner wird heute Vormittag um 11 Uhr sein Amt antreten, nachdem Reichswehrminister a. D. Dr. Gessler sich von seinen Mitarbeitern verabschiedet und das Amt an den neuen Reichswehrminister übergeben haben wird.

Pressstimmen zu Grönners Ernennung

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“. München, 21. Jan. Zur Ernennung des Generals Gröner zum Reichswehrminister schreiben die „Münchener Neuesten Nachrichten“, es dürfe als erfreulich bezeichnet werden, daß die Regierungsparteien sich nicht darauf verheiß hätten, ihren Mann im Reichswehrministerium unterzubringen, sondern ihre parteimäßigen Wünsche den staatspolitischen Erwägungen und der sachlichen Eignung hintenan gesetzt hätten. Die Ernennung Grönners bedeutet zunächst nach innen und nach außen eine gewisse Ruhezeit für die Reichswehr. Von keiner Seite mit besonderer Eulidigung begrüßt, werde der Reichswehrminister auch mit keiner grundsätzlichen Feindschaft gegen seine Person zu rechnen haben.

Pariser Pressstimmen.

Paris, 21. Jan. In einem Kommentar zur Ernennung General Grönners zum Reichswehrminister stellt das „Echo de Paris“ fest, daß damit die Mission über die Militärklauseln des Versailler Vertrages zerstreut werde. Die

Witerten hätten Deutschland eine Armee aufzwingen wollen, die einen Generalissimus entbehre; die Funktionen, in die sich früher der Kaiser, der Chef des Militärfabinetts und der Generalstabschef geteilt hätten, seien jedoch nunmehr in einer Person vereinigt.

Das „Journal“ findet das erreichte Kompromiß geschickt. Sicher sei, daß die Ernennung deutlich die Spur einer Intervention Hindenburgs trage.

Das sozialistische „Deuvre“ sieht in der Ernennung Grönners die Überzeugung Hindenburgs, daß die kommenden Wahlen einen Ruck nach Links bringen würden. Hindenburgs Prognose sei wertvoll, festgestellt zu werden.

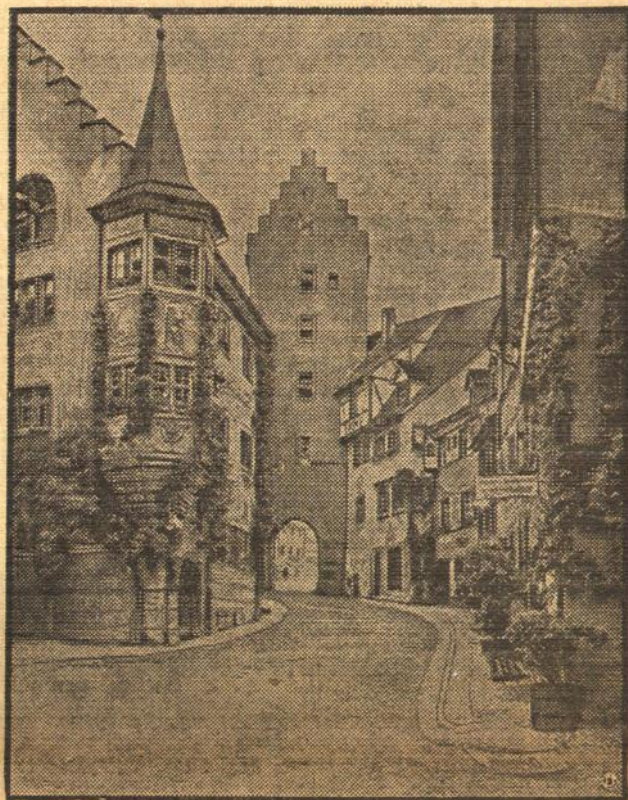
Abschiedsaudienz für Gessler

Berlin, 21. Jan. (Funkpruch.) Der Herr Reichspräsident empfing gestern nachmittag den scheidenden Reichswehrminister Dr. Gessler in Abschiedsaudienz.

Keine Verbindlichkeitsklärung der Schiedsprüche im mitteldeutschen Lohnstreit

Berlin, 21. Jan. Im Lohnstreit in der mitteldeutschen Metallindustrie hat der Reichsarbeitsminister den Antrag der Arbeitgeber auf Verbindlichkeitsklärung der Schiedsprüche vom 12. Januar 1928 nach Lage der Dinge abgelehnt.

1300 Jahre Meersburg am Bodensee



Meersburg, das alte malerische Städtchen am Bodensee, das die schönsten Winkel und Bassen und den besten Wein aufzuweisen hat, kann 1928 die Feier seines 1300jährigen Bestehens begehen. In der Geschichte der süddeutschen Länder hat das alte Schloß in Meersburg, das 600 Jahre lang den Konstanzer Bischöfen gehörte, eine Rolle gespielt; von hier aus trat Konradin von Schwaben seinen unglücklichen Zug nach Italien an. 1384 wurde es vergeblich von Ludwig von Bayern über drei Monate belagert. Die Dichterin Annette von Droste-Hülshoff verlebte die letzten acht Jahre ihres Lebens im Schloß zu Meersburg und starb auch dort. Das Städtchen, das sich um das Schloß herum angebau hat, zählt heute etwa 2000 Einwohner; es weist eine Unmenge alter baulicher Schönheiten auf, wie unser Bild beweist, und erinnert auf Schritt und Tritt an die alten Zeiten, die längst vergangen sind, aber hier in Meersburg noch nachhallen, als sei alles erst gestern gewesen...

Als Verk sah, daß an einen Ersatz für seinen Ausfall von Seiten Emils nicht zu denken war, erhob er sein Lamento von neuem und erging sich derartig in Schmähungen über den verstorbenen Schmied, daß ihn Martin in einer Aufwallung gerechten Zornes vornahm und nachdem er ihn gehörig durchgeprügelt hatte, vor die Tür warf.

Mit zornglühenden Widen und den drohenden Worten, daß er sich noch heute sein gutes Recht an anderer Stelle suchen werde, fuhr der Mann endlich fluchend und weinend zum Dorf hinaus.

Als sich die Gemüter wieder beruhigt hatten, kamen alle zu der Überzeugung, daß das Unglück jetzt voll sein müsse, es könne nichts mehr kommen, was sie noch treffen könne.

Die Familie Hubert war an den Bettelstab gebracht und Emil fühlte jetzt mehr denn vorher die Notwendigkeit, seiner ihm in der Sterbestunde vom Dunkel aufgelegten Verpflichtung nachzukommen und trotz alledem Anna zum Weibe zu nehmen.

Vor allen Dingen mußte er aber für Mutter und Tochter ein Unterkommen beschaffen, und dazu gehörte Geld und das hatte er nicht.

Die paar hundert Mark, die er mitgebracht hatte, waren ebenso, wie seine sämtliche Habe, mit verbrannt und momentan nannte er nichts sein eigen, als was er auf dem Leibe trug.

Als er der Mutter und der Anna den Stand der Dinge mitteilte, fand er diese weit gefasster und ruhiger, als er erwartet hatte.

Frau Hubert faltete ruhig die Hände und sagte: „Um mich braucht sich niemand zu bangen, ich bin gesund und kann arbeiten, ich komme schon durch, — aber die armen Kinder.“

„Sorge dich nicht, Mutter“, sagte Anna mit einem gewissen Trost, „laß nur erst den Vater unter die Erde, nachher wird schon Rat werden. Wenn ich auch augenblicklich noch nichts weiß, was ich anfangen werde, so viel

weiß ich doch schon, daß ich in Schönhaide nicht bleiben kann, brauchen, in Berlin, wo mich niemand kennt, da wird es schon etwas geben, das mich ernährt, und Arbeit schändet nicht.“

Emil wollte Eintwendungen machen, aber sie ließ ihn nicht zu Worte kommen.

„Das Versprechen, Emil, da du dem Vater stillschweigend angeht des Todes gabst, soll für dich nicht bindend sein und ich mache dich hiermit frei davon. Daß ich dir das nicht bieten kann, was ein Mann von seinem Weibe vor allen Dingen verlangen muß: Liebe und herzliche Hingebung, weißt du — wozu also ein Verhältnis in die Länge ziehen, das niemals zum Ziel führen würde. Ich achte dich als einen soliden, fleißigen Mann, aber mehr kann ich dir nicht bieten und würde es auch in Zukunft nicht, denn mein Herz ist nicht mehr frei!“ sagte sie errötend hinzu.

Emil nickte bestätigend mit dem Kopfe.

„Desto besser, wenn du es weißt“, fuhr Anna fort, „so sind wir beide unseres Versprechens entbunden und der Lote wird uns keinen Vorwurf machen, er hat die Verhältnisse genügend gekannt — laß uns gute Freunde bleiben, Emil, hoffentlich beglückt dich bald eine andere mit ihrer Liebe so aufrichtig und treu, wie du es verdienst.“

Sie hatte ihm die Hand gereicht und sah ihm offen und frei ins Auge und Emil selbst mußte sich gestehen, daß ihm diese Wandlung der Sache am gelegentlichsten kam.

Nachdem diese Herzensangelegenheit geordnet war, galt es, nun das Notwendigste, das Begräbnis zu besorgen und nachdem sich Martin bereit erklärt, das alles selbst zu veranlassen, ging Emil nach dem Posthof in sein Zimmer, um zunächst an seinen Vater zu schreiben und ihm die ganze Sachlage klar darzulegen und zunächst Geld heranzuziehen.

Es war ein langer Brief, den er schreiben mußte, und als er endlich damit fertig war, ihn nochmals durchgelesen,

korrigiert und verbessert und endlich adressiert hatte und mit einem „Gott sei Dank“ aufstand, um ihn in den Briefkasten zu stecken, klopfte es an der Tür und auf sein „Herein!“ trat der Wirt persönlich ein.

„Ich störe doch nicht?“ fragte dieser geschäftsmäßig. „Behüte“, entgegnete Emil, „ich wollte eben hinunterkommen und einen Brief in den Kasten stecken.“

„Soeben ist ein „Einschreibebrief“ angekommen“, unterbrach ihn der Wirt und überreichte ihm ein ziemlich umfangreiches Schriftstück, „ich glaube Ihnen denselben gleich zustellen zu sollen — adieu unterdeß.“

„Danke sehr! Adieu!“ antwortete Emil zerstreut und besah die Adresse. „Vom Vater? Mein Gott, was ist denn das wieder?“ seufzte er und von banger Ahnung befangen, setzte er sich wieder auf den Stuhl und öffnete das ominöse Schreiben.

Das Schreiben war lang und inhaltschwer.

Schon die Anrede: „Mein heißgeliebter Sohn“ machte Emil stutzig und die drei Hundertmarkscheine, die er dem Briefe entnahm, zitterten in seiner Hand, als er sie neben sich auf den Tisch legte.

Langsam und bedächtig las er den langen Brief, und als er endlich damit zu Ende war, seufzte er schwer auf und schob ihn verächtlich zur Seite.

„Also so weit ist es gekommen“, seufzte er, „daß der Vater am eigenen Rinde zum Betrüger ward? Vater! Vater!“ fuhr er grollend fort, „du hast mir mehr genommen, als das schöne Geld, du hast mir den Glauben an die Menschheit genommen.“

Düster starrte er vor sich hin und durchflog im Geiste nochmals den Inhalt des Briefes.

Der Vater schrieb ihm eine lange Geschichte, die darin gipfelte, daß er sich in Berlin in Bauspekulationen eingelassen hatte, mit denen er ein gut Stück Geld verdiente.

Aber dieser Gewinn genügte ihm nicht, er wollte selbst Bauherr werden und dann den doppelten Nutzen einstreichen.

Lehrerbildungsanstalten Stahlhelm — Reichsbanner

Badischer Landtag (Vormittags Sitzung)

Karlsruhe, 21. Januar. In der Freitagvormittags-Sitzung wurde eine von der Deutschen Volkspartei eingebrachte förmliche Anfrage zur Eröffnung der Lehrerbildungsanstalten in Freiburg und Heidelberg 1928 besprochen. Die Anfrage will Auskunft, warum die beiden Anstalten schon jetzt eröffnet werden sollen, obwohl der Bedarf an Lehrkräften voraussichtlich auf längere Zeit gedeckt ist. Von Dr. Döhrer (Dt. Sp.) begründete die Anfrage, die Unterrichtsminister Leers beantwortete mit der Betonung, eine gewisse Übergangszeit an nichtverwendeten Lehrern sei vorhanden, doch sei damit zu rechnen, daß die Zahl der Schulkinder in wenigen Jahren wieder die Normalhöhe erreichen werde. Die Karlsruher Lehrerbildungsanstalt sei überfüllt. In Freiburg und Heidelberg ständen Räume zur Verfügung, selbstverständlich würden ihre Herstellung und der laufende Betrieb erhebliche Kosten verursachen.

In der allgemeinen Aussprache erklärte sich Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Vgl. S. 2) gegen die Eröffnung der Anstalten. Abg. D. Föhr (Str.) war gegenständlicher Auffassung. Abg. Hofmeier (Dm.) wünschte, daß das Ministerium die sozialen Verhältnisse der 500 Junglehrer genau unterziehen müsse. Abg. Frau Nigel (Str.) gab ihrer Freude über die Errichtung der Anstalten Ausdruck.

Kultusminister Leers

betonte, für die Einstellung des Ministeriums in dieser Frage seien keine politischen, sondern rein sachliche Gründe maßgebend gewesen. — Ein Antrag der Bürgerlichen Vereinigung auf Ueberweisung der Angelegenheit an den Haushaltsausschuß wurde abgelehnt. Ueber einen Antrag der Deutschen Volkspartei und einen solchen der Kommunisten, daß die Eröffnung der Lehrerbildungsanstalten Freiburg und Heidelberg unterbleiben soll, wird später abgestimmt.

Zum Anruf kam die förmliche Anfrage der Bürgerlichen Vereinigung wonach Schülern der Beitritt zu den Jugendorganisationen des Stahlhelms, nicht aber zum Reichsbanner verboten ist. Im Zusammenhang damit stand eine Anfrage der Deutschen Volkspartei, worin von der Regierung Auskunft gewünscht wird, ob sie bereit sei, in Betracht von Vorfällen bei einer Weihnachtsfeier des Reichsbanners Konstanzer den Schülern die Zugehörigkeit zum Reichsbanner zu verbieten. — Unterrichtsminister Leers betonte in seiner Antwort, das Reichsbanner sei insofern eine überparteiliche Organisation, als es sich den Schutz des Vaterlandes zur Aufgabe gemacht habe. Die Entlassungen in Konstanz seien zu bedauern.

In der Nachmittags-Sitzung

wurde die allgemeine Aussprache über die förmlichen Anfragen der Rechtsparteien wegen der Zugehörigkeit der Schüler zum

Reichsbanner und Stahlhelm

durch den sozialdemokratischen Abg. Reinholdt eröffnet mit dem Hinweis, daß mit dem Bild, das in Konstanz bei einer Weihnachtsfeier des Reichsbanners gezeigt worden ist, nicht der Offizier als solcher getroffen werden sollte, es sollte lediglich der Vergleich zwischen Front und Etappe gezogen werden. Er selbst habe das Bild nicht gesehen, wenn es aber wirklich so gewesen sei, wie geschildert wird, dann hätte man das Bild nicht zeigen dürfen, schon mit Rücksicht auf das Reichsbanner nicht, das dadurch in Mißkredit komme. Die Antwort des Unterrichtsministers in der Vormittags-Sitzung habe gezeigt, daß wir eine republikanische Regierung in Baden haben. Der Redner wandte sich dagegen, daß in der Schule die republikanische Staatsform in den Köpfen der Lehrer, die das tun, seien nicht an ihrem Platz.

Abg. Scheel (Dem.) suchte eine Verständigungsbasis für die Volksgemeinschaft, wie sie der Abg. Schmittbener in der Vormittags-Sitzung als Idee des Stahlhelms propagiert hat. Wenn eine Maßregelung des Veranlassers jener Konstanzer Affäre verlangt werde, so müsse gesagt werden, daß dieser Mann, dessen Bruder ein aktiver Offizier war, seinen Fehler schon genügend habe büßen müssen. Es wäre sehr erwünscht, wenn recht bald mit diesen Verbänden Schluß gemacht werden könnte. Begrüßenswert wäre der Tag, an dem die staatsstreue Gesinnung, die Loyalität gegen den Staat, wie er heute ist, Allgemeingut geworden ist, so daß Verbote auszusprechen nicht mehr nötig sein werden.

Abg. Grohmann (Soz.) verwahrte sich dagegen, daß vom Reichsbanner in Konstanz etwas gezeigt wurde, was während des Krieges nicht vorgekommen ist; dem Reichsbanner sei aber niemals in den Sinn gekommen, das Offizierskorps damit im allgemeinen treffen zu wollen. Dem Landtag liege wider ein Mißtrauensvotum vor. Es solle wohl nach französischer Methode eine Massenfabrikation dieser Art eingeführt werden.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (DVP.) erklärte sich mit der Antwort des Kultusministers nicht einverstanden. Die Antwort sei in jeder Hinsicht mangelhaft gewesen. Der Minister hätte am Vormittag die Funktionen eines Friedensengels

ausgeübt, auch hätte er ein paar Tränlein hineingeweiht. Der Privatmann Leers hätte nie gewagt, dem Reichsbanner ein ernstes Wort zu sagen, der Kultusminister Leers aber hätte es unbedingt tun und das Unmoralische des Konstanzer Vorganges verurteilen müssen. Der Redner wünschte von der Regierung eine klare Auskunft, ob es in Baden Lehrer gibt, wie der Abg. Reinholdt behauptete, die ihre Schüler zur Verachtung der Republik erziehen. Er bezeichnete es als unnötig, nach zehn Jahren ein solches Bild, wie das in Konstanz, zu zeigen, und noch schmerzlicher sei es, daß dieses Bild seine Verteidigung gefunden hat.

Innenminister Dr. Kemmele

verwahrte sich gegen den heute vormittag von dem Abg. Schmittbener ausgesprochenen Tadel wegen angeblicher Nichtanwesenheit des Justizministers, der aber als Abgeordneter im Hause anwesend gewesen sei. Dem Tadel des Abg. Schmittbener müsse insofern entgegengetreten werden, als es sich hier um eine Angelegenheit handele, in der die Anwesenheit des Reformministers nicht erforderlich gewesen sei. Als Innenminister bedauerte er die Konstanzer Entlassung. Der Reichsminister des Innern habe jetzt, nachdem diese Sache auf einer so breiten Basis erörtert worden ist, das Material angefordert, weil man im Reichstag die Angelegenheit erörtern will. Man will wissen, was in Konstanz vorgegangen sei. Das Reichsbanner soll nicht für ewige Zeiten bestehen bleiben. Er stimme im allgemeinen dem Abg. Scheel zu, der den Tag herbeiseht, an dem feinerlei Verbände mehr notwendig seien. Zur Zeit allerdings könne das Reichsbanner noch nicht aufgegeben werden.

Abg. Schred (Komm.): Stahlhelm und Reichsbanner werden sich zusammenschließen im Kampf gegen das Proletariat.

Abg. Bauer (DVP.) warf dem Unterrichtsminister vor, daß er den Sinn seiner Intervention absolut nicht verstanden habe. Wenn der Herr Minister sage: Schwarz-Rot-Gold im Kampfe gegen Schwarz-Weiß-Rot, so sei das eine gewisse Parole, die einen gewissen Einfluß ausübe. Auch Reichsfinanzminister Dr. Köhler hätte sich vor einigen Tagen in Hamburg zu dieser Parole bekannt. Der Konstanzer Vorgang sei nicht so harmlos gewesen, wie man ihn hinzustellen sich bemüht habe. Der Redner erklärt, er sei davon überzeugt.

daß es heute keine Frage Republik oder Monarchie gebe, weil die Republik heute auf fester Grundlage stehe.

Der Redner verwahrte sich gegen die Bemerkung des Abg. Grohmanns, wonach nur Offiziere, die kein lauberes Bruststück hätten, sich von dem Konstanzer Vorgang betroffen fühlen könnten. Die Schüler müßten gleichmäßig behandelt werden. Entweder dürften sie dem Stahlhelm und dem Reichsbanner angehören oder keiner Organisation. Wenn ein Minister neutral ist, so müsse er dem volksparteilichen Antrag, der die gleichmäßige Behandlung wünscht, zustimmen.

Zum Schluß der sich über den ganzen Nachmittag hinziehenden Debatte nahm Unterrichtsminister Leers zu verschiedenen Ausführungen Stellung. Er lehnte die Meinung ab, daß er in gewisser Beziehung zum Reichsbanner stehe. Auch hält er es für übertrieben, aus dem Konstanzer Vorfälle den Schluß zu ziehen, daß der Charakter des Reichsbanners in politischer oder unpolitischer Hinsicht sich geändert hat. Zum Schluß bemerkte der Minister, das Prädikat, daß er heute als Friedensengel aufgetreten sei und das ihm der Abg. Mayer ausgesprochen habe, sei ihm, dem Minister, sehr viel angenehmer als das Prädikat, das er heute verschiedenen Rednern ausstelle.

Nach einem Schlußwort der Intervallanten Schmittbener und Bauer und persönlichen Bemerkungen der Abg. Grohmann (Soz.) und Scheel (Dem.) erfolgte die Abstimmung über die von den Rechtsparteien gestellten Anträge.

Der Antrag, in dem der Landtag die Haltung der Regierung zur Anfrage Reichsbanner mißbilligt und ihr deshalb sein Mißtrauen ausdrückt, wurde mit 40 Stimmen (Rechtsparteien) gegen 15 Stimmen der Antragsteller abgelehnt, bei zwei Stimmenthaltungen der Kommunisten. Der Antrag, der Landtag wolle die Regierung ersuchen, den Schülern die Zugehörigkeit zum Reichsbannerorganisation in gleicher Weise zu verbieten, wie das gegenüber anderen politischen Organisationen schon geschehen ist, wurde mit 45 gegen 15 Stimmen abgelehnt.

Abg. Föhr (Str.) berichtete im Namen des Haushaltsausschusses über die Mitteilung des Staatsministeriums vom 19. Januar betr. Unwetter- und Hochwasserbeschäden im Jahre 1927 in Baden. Dem Antrag des Haushaltsausschusses entsprechend wurde die Regierung ermächtigt, die im Voranschlag 1928/29 hierfür vorgesehenen 125 000 Mark vorweg zu bewilligen.

Das Haus hat weiter von der Mitteilung des Ministers des Innern über die Ausfallbürgschaft des Reiches und der Länder für Versicherungsgeschäfte nach Rußland einstimmig Kenntnis genommen.

Um 19 Uhr brach der Präsident die Beratungen ab. Fortsetzung der Tagesordnung Dienstagvormittag 9 Uhr.

Aus Baden und Nachbarstaaten

Die Justizamtänner gegen die badische Besoldungsreform.

Freiburg i. Br., 21. Jan. In einer aus dem ganzen Freiburger Bezirk stark besuchten Versammlung des Bezirksvereins badischer Justizamtänner fand eine lebhafte Aussprache über die kommende badische Besoldungsordnung statt. Es wurde dabei betont, daß der badische Entwurf gegenüber der neuen Besoldungsordnung des Reiches eine wesentliche Verschlechterung für die badischen Justizamtänner bedeutet. Es wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß der badische Landtag verhindert, daß die badische Regierung ihre Beamten schlechter bezahlt als das Reich. Bei gegenteiliger Regelung würde der Kampf nur umso schärfer einleiten. Zur Frage der Verwaltungsreform forderte die Versammlung einstimmig die Berechtigung der Justiz.

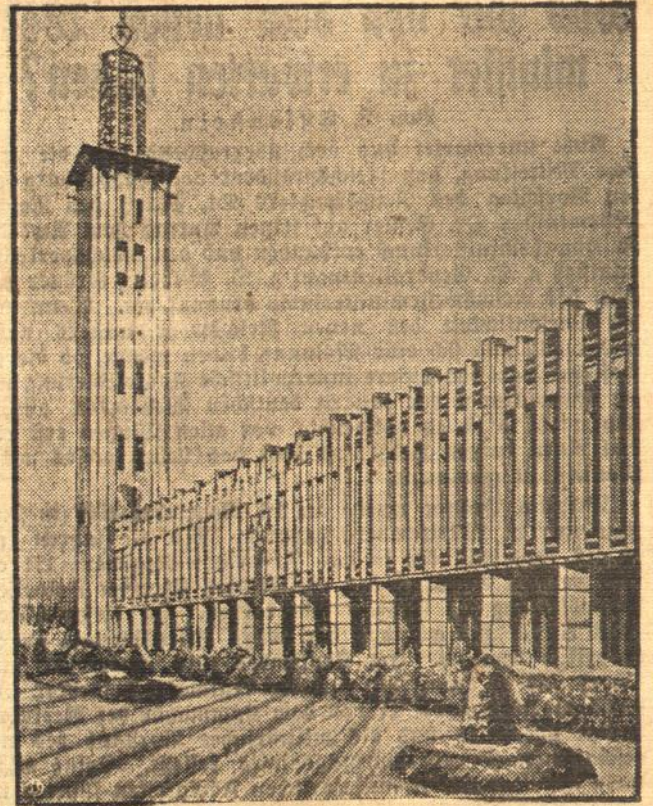
180 000 Mark Schaden durch das Großfeuer.

St. Georgen i. Schw., 21. Januar. Der Gebäudeschaden bei dem Brand der Fabrik Helmmann beträgt schätzungsweise 80 000 Mark, der Fahrnißschaden 100 000 Mark. Der Betrieb der Firma kann jedoch in dem erhaltengebliebenen neuen Bau weitergeführt werden. Bei dem Brand gingen auch zwei Wohnungen verloren, deren Inassen fast um ihre ganze Habe kamen.

Mannheim, 21. Januar. (Raffinierter Betrüger.) Nur unter Mithilfe des Publikums wird es möglich sein, den von vielen deutschen Strafbehörden gesuchten Betrüger Kaufmann Reinhard Viebcher aus Dohna, unerschütterlich zu machen. Viebcher ist 38 Jahre alt (steht etwas jünger aus), mittelgroß, schlank, hat dunkle Haare, schmales Gesicht, geht gut gekleidet und hat sicheres Auftreten. Sein Trieb besteht darin, daß er in Abwesenheit der Herrschaft an das Dienstpersonal sich heranmacht und ein angeblich bestelltes Paket oder einen angeblichen Kunstgegenstand gegen sofortige Bezahlung eines höheren Betrages abzuliefern habe. Wenn nötig, geht er auch an das Telefon und kauft ein Gespräch mit dem Hausherrn vor, um sein Ziel zu erreichen. In Mannheim und Ludwigshafen ist der Betrüger trotz ergangener Warnungen in den Zeitungen wiederholt mit Erfolg bei Ärzten, Fabrikanten usw. aufgetreten. Bei Erscheinen des Betrügers wolle man sofort die Polizei verständigen, damit die Festnahme ermöglicht wird.

Heidelberg, 20. Jan. (Lohnverhöhung.) Die Gemeindearbeiter in Baden stehen in Lohnverhandlungen, die ihnen voraussichtlich vom 1. April ab eine Lohnverhöhung bringen werden. Der Heidelberger Stadtrat hat vorgestern beschloffen, den städtischen Arbeitern im Hinblick auf diese höchstwahrscheinlich kommende Erhöhung der Löhne eine Vorschußzahlung zu gewähren, die später angerechnet werden soll.

Liedolsheim (bei Karlsruhe), 21. Januar. (Spurlos verschwunden.) Seit letzten Samstag wird die in den fünfziger Jahren lebende Witwe Obelbecker vermisst. Schon



Die Rheinhalle der Presse.

Die für die Internationale Presse-Ausstellung in Köln erforderlichen Bauten gehen ihrem Abschluß entgegen. Unser Bild zeigt die mit der Längsfront am Rhein errichtete Rheinhalle, die im Untergeschoß die Gruppe „Tageszeitungen“, im Obergeschoß die Gruppe „Zeitschriften“ aufnehmen wird. Den Abschluß der Halle nach Norden bildet der 80 Meter hohe Präsekturm, der das Wahrzeichen der Ausstellung werden wird.

wiederholt hatte man sie zur Befreiung in eine Zinkerhellung gebracht und immer wieder verfiel sie der Trunksucht. In einem solchen Anfall hat sie sich auch wohl das Leben genommen.

Aachen, 21. Januar. Donnerstagmorgen wurde von einem Eisenbahnarbeiter bei der Ueberführung am Gelsbuckel die Leiche eines unbekanntem jungen Mannes gefunden, dessen Kopf vom Rumpfe getrennt war. Vertreter des Amtsgerichts, der Gendarmerie und der Bezirksrat erschienen alsbald an dem Tatort. Nach den bei der Leiche vorgefundenen Schriftstücken ist der Verstorbene ein 19 Jahre alter Kaufmann von Büttgen (Bavern). Das Motiv der Tat ist unbekannt. Die Eltern des jungen Mannes wurden sofort verständigt und sind heute morgen hier eingetroffen.

Freiburg i. Br., 21. Januar. Wie gemeldet, hat im Vorort Herdern der 44jährige Goldschmittmacher Otto Sauer seiner Frau mit einem Rasiermesser lebensgefährliche Schnittwunden zugefügt. Nach dem Ueberfall auf die Frau flüchtete Sauer, nur notdürftig bekleidet, auf den Hochberg. Er wurde gestern morgen am Waldbrand oberhalb der Winterstraße festgenommen, mußte aber der Klinik übergeben werden, weil er selbst verhaftet hatte, sich die Kehle durchzuschneiden. Der Täter besaß sich früher längere Zeit in einer Irrenanstalt; es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß er den blutigen Ueberfall in einem Anfall geistiger Störung ausgeführt hat.

Freiburg, 21. Januar. (Festnahme.) Donnerstag wurde hier ein 21 Jahre alter Spivier wegen Raubes festgenommen. Er hatte in der vergangenen Nacht einen Händler zu Boden geschlagen und seines Geldbötchels mit Inhalt beraubt.

Singen a. S., 21. Januar. An der Kreuzung der Post- und Grabergerstraße stießen ein Personenauto der Autofirma Alfons Bredt und ein Stuttgarter Personenauto aufeinander. Beide Autos wurden beschädigt. Außerdem erlitt der Fahrer des Singener Autos, der ledige, etwa 24-jährige Kaufmann Edwin Graf nicht unerhebliche Quetschungen.

Singen, 21. Jan. (Zum Brand auf dem Hohenkrähen.) Nachträglich wird bekannt, daß der durch den Brand des Oekonomiegebüdes und der Futtermittelentstandene Schaden durch Versicherung gedeckt ist.

Lörrach, 20. Jan. (Vermißt.) Seit Ende der letzten Woche wird in Tillingen bei Lörrach die ledige 17jährige Tochter eines Landwirts vermisst. Man nimmt an, daß das Mädchen den Tod in den Fluten des Rheins gesucht und gefunden hat. Hierauf deutet ein am Samstag in Leopoldshöhe aufgegebener Abschiedsbrief an die Eltern hin. Die Angelegenheit ist um so trauriger, als schon früher auf dieselbe Weise ein Sohn der Familie gestorben ist.

Stuttgart, 21. Jan. (Raubüberfall.) Donnerstag nachmittag wurde der 61 jährige Buchhalter Ernst Single in dem im 2. Stock des Oberhardsbades gelegenen Geschäftsbüro von zwei maskierten Räubern überfallen und verhaftet, ihm zu herabzuwerfen. Single setzte sich kräftig zur Wehr und drängte die Diebe gegen die Säule. Im Vorraum setzte sich das Handgemenge fort, wobei der Buchhalter noch zwei Stiche in die rechte Brustseite und einen Stich in die linke Hüfte erhielt. Während der Rauferei hatte einer der Täter einen Schuß abgegeben, ohne jedoch zu treffen. Die Verletzungen des Überfallenen sind glücklicherweise nicht lebensgefährlich.

Wetterbericht

Wetternachrichten

der Badischen Landeswetterwarte vom 20. Januar 1928.

Karlsruhe, 20. Jan. Nach dem raschen Durchzug der Tiefdruckrinne, der uns im Gebirge erneut Neuschnee brachte, ist heute morgen der Hochdruckrücken von Skandinavien bis Spanien wiederholt gestiegen, so daß wir bei Luftzufuhr aus Nordosten Frostwetter auch in der Ebene erhalten werden.

Wetterausichten für Samstag, den 21. Januar 1928.

Kälter bei Nordostwinden (allenthalben Frost) und noch vereinzelt Schneefälle.

Rheinwasserstand vom 20. Januar.

Schusterinsel 90, Reßl 211, Maxau 398, Mannheim 294, Köln 326.